

infobrief 06/07 Kerstin Müller



Mitglied des Deutschen
Bundestages
Außenpolitische Sprecherin
B90/Die Grünen

NRW - Termine

- 08. Juli – CSD in Köln
- 24. August – Mitgliederwerbekampagne in Köln-Ehrenfeld

Themen

- 01** G8 - Afrika
- 02** Afghanistan
- 03** Darfur
- 04** Frauen, Frieden und Sicherheit
- 05** Nahost
- 06** Iran
- 07** Veranstaltungsbericht

Liebe Freundinnen und Freunde,

außenpolitisch ist im letzten halben Jahr viel passiert. Der G-8 Gipfel, die EU-Ratspräsidentschaft, die Ereignisse in Afghanistan und die Verschärfung der Krise im Nahen Osten waren dominante Themen. Der EU-Gipfel und G8 haben nicht mehr zustande gebracht als schöne Worte zu Afrika und die Aufwärmung bereits beschlossener Zusagen von Gleneagles. Aber die afrikanischen Staaten erwarten zu Recht zunächst die **Umsetzung und Einhaltung von Beschlüssen**, bevor sie mit neuen Initiativen überschüttet werden. An der Umsetzung in entscheidenden Bereichen wie Handelsbeziehungen, Entwicklungsfinanzierung oder auch der Stärkung von Gesundheitssystemen hapert es immens. Deshalb müssen Grüne auf das Ende der reinen Geschwätzigkeit drängen. Und wir müssen klarmachen, es geht nicht nur um Geld, sondern um den Ausbau der Reformpartnerschaft. Im Herbst wird die Grüne Bundestagsfraktion an einem Afrikatag das Thema weiter vorantreiben und vertiefen. Wir halten Euch natürlich auf dem Laufenden.

Ich wünsche Euch eine informative Lektüre und stehe natürlich für Nachfragen und Anregungen zur Verfügung.

Eure Kerstin Müller

Für weitere Informationen:
www.kerstin-mueller-mdb.de
www.gruene-bundestag.de
www.gruenekoeln.de

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
 (030) 2277 1 022
 (030) 227 76 480
 Kerstin.Mueller@bundestag.de

Wahlkreisbüro
Ebertplatz 23
50668 Köln
 0221 - 72 20 369
 0221 - 97 25 710
 Kerstin.Mueller@wk.bundestag.de
Mitarbeiterin: Judith Hasselmann

01 – Kein Durchbruch für Afrika beim G8-Gipfel – viel Wirbel um Nichts

Auch wenn Afrika eines der zentralen Themen des Gipfels war, bleiben die Ergebnisse vage. Die Aufwärmung bereits beschlossener Zusagen, kann schlecht als Fortschritt bezeichnet werden. Die G8-Staaten hatten schon in **Gleneagles** 2005 zugesagt, für die Bekämpfung von Hunger und Krankheiten und für die Verbesserung der Bildung in Entwicklungsländern jährlich 50 Milliarden US\$ bis 2010 zusätzlich zur Verfügung zu stellen. Afrika sollte davon 25 Milliarden bekommen. Dieses Versprechen wurde nun neu "aufgewärmt", ohne erkennen zu lassen, wie das Ziel erreicht werden soll.

Außerdem drückte sich der G8-Gipfel und seine deutsche Präsidentschaft um eine zentrale Frage der Afrikapolitik herum: der schnellstmögliche Abbau der europäischen und amerikanischen Agrarsubventionen. Es sind die subventionierten Agrarexporte von EU und USA, die afrikanische Bauern massenweise in den Ruin treiben. Gleichzeitig raubt die EU-Fischereipolitik westafrikanischen Fischern ihre Lebensgrundlage. Als Konsequenz machen sich viele ihrer Boote mit Flüchtlingen auf den gefährlichen Weg nach Europa.

02 – OEF beenden – Wiederaufbau in Afghanistan zum Erfolg führen

Selbst bis in die NATO hat es sich herumgesprochen: wir brauchen dringend einen sicherheitspolitischen Kurswechsel, wenn die internationale Gemeinschaft bei der Stabilisierung Afghanistans erfolgreich sein will. Doch leider sehen wir bisher keine Umsetzung dieser Einsicht. Es gibt immer noch keine massive Aufstockung ziviler Hilfsprogramme und weiterhin findet mit der US-geführten Operation Enduring Freedom (OEF) auch mit deutscher Beteiligung eine einseitig militärische Terrorismusbekämpfung statt. Die zivilen Opfer dieser verfehlten Militärstrategie gefährden den Erfolg der jungen afghanischen Regierung. Sie erschweren auch den Erfolg der multilateralen ISAF-Mission, die für die Sicherheitsunterstützung der Regierung im gesamten Afghanistan zuständig ist. Am 12. Juni haben wir deswegen einen Antrag in den Bundestag eingebracht, in dem wir fordern den OEF-Einsatz in Afghanistan zu beenden und stattdessen ISAF zu stärken und Programme zum Aufbau der afghanischen Polizei und des Justizsystems zu unterstützen.

Der Antrag „Für einen sicherheitspolitischen Kurswechsel in Afghanistan – Nebeneinander von ISAF und OEF beenden“ im Internet [hier](#).

03 – Darfur: mehr Druck zum Stopp des schleichenden Völkermordes!

Auf meine Initiative und auf Grundlage unseres grünen Antragentwurfs stimmten alle Bundestagsfraktionen mit Ausnahme der Linken am 27. April für einen interfraktionellen Entschließungsantrag zum schleichenden Völkermord in Darfur. Mit dem Antrag hat der Bundestag ein starkes Signal an die sudanesishe Regierung beschlossen, das Morden in Darfur zu beenden. Leider hat jedoch die Bundesregierung bisher keine entschlossenen diplomatischen Initiativen folgen lassen. Dabei bräuchten wir jetzt vor allem auch gezielte EU-Sanktionen, um den Druck auf die sudanesishe Regierung zu erhöhen. Denn der UN-Sicherheitsrat hat eine Friedensmission für Darfur beschlossen, deren Umsetzung die sudanesishe Regierung immer wieder blockiert und hinauszögert. Ziel aller diplomatischen Bemühungen muss sein, schnellstmöglich einen Waffenstillstand, neue Friedensgespräche

aller beteiligten Akteure inklusive Zivilgesellschaft und die Stationierung der beschlossenen Friedensmission zu erreichen.

Die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen wird weiterhin versuchen, zusammen mit NGOs das Schicksal der Menschen in Darfur in die Öffentlichkeit zu bringen. Dazu haben wir im Januar bereits eine Ecard-Kampagne „Nie wieder Ruanda! Nie wieder Darfur?“ gestartet und im März die Darfur-Woche im jüdischen Museum Berlin unterstützt. Gerne komme ich für Veranstaltungen auch in grüne Kreisverbände.

Der interfraktionelle Antrag im Internet [hier](#).

04 - Frauen, Frieden und Sicherheit

Im März haben wir einen von mir erarbeiteten Antrag zur Umsetzung der UN Resolution 1325 – Frauen, Frieden und Sicherheit in den Bundestag eingebracht. Die **UN-Sicherheitsratsresolution 1325** vom Oktober 2004 ist ein Meilenstein auf dem Weg zu einer geschlechtersensiblen Friedens- und Sicherheitspolitik. Am Zustandekommen der Resolution bin ich noch als Staatsministerin im Auswärtigen Amt beteiligt gewesen. Leider spielt die Resolution für die bundesdeutsche wie internationale Politik heute kaum eine Rolle. Das muss sich endlich ändern. Wir haben die Bundesregierung aufgefordert, einen nationalen Aktionsplan vorzulegen. Denn wir brauchen verbindliche Regelungen, damit die Resolution auch tatsächlich implementiert wird. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass wir ohne messbar formulierte Ziele, Fortschrittsberichte und Zeitvorgaben keine wesentlichen Schritte weiterkommen.

Der Antrag „UN-Resolution 1325 – Frauen, Frieden und Sicherheit“ im Internet [hier](#).

05 - Bürgerkrieg in Gaza, Nahostfriedensprozess in der Sackgasse

Nach einem militanten Machtkampf zwischen Hamas und Fatah im Gazastreifen hat Präsident Abbas die palästinensische Regierung der nationalen Einheit aufgelöst. Der Gaza-Streifen steht nun unter alleiniger Hamas-Kontrolle und in der Westbank regiert die Fatah. Ohne entschlossene diplomatische Initiativen des Nahostquartetts zusammen mit regionalen Akteuren droht nicht nur eine humanitäre Katastrophe in Gaza. Auch Fortschritte in Richtung einer friedlichen Zweistaatenlösung würden unmöglich und die kürzlich erneuerte arabische Friedensinitiative verpuffen.

Bei allen Vorbehalten gegenüber der islamistischen Hamas, die sich weigert Israel eindeutig anzuerkennen: wir haben in der palästinensischen Einheitsregierung eine Chance gesehen, die jetzige Eskalation zu vermeiden und sowohl für Palästinenser wie für Israelis eine neue Friedensperspektive zu entwickeln. Dazu haben wir im April einen Antrag in den Bundestag eingebracht. Leider hat auch die EU die Einheitsregierung nicht früh und deutlich genug durch partielle Aufhebung des internationalen Zahlungsboykotts unterstützt.

Unser Antrag „Die neue Einheitsregierung in Palästina unterstützen“ vom 24.4.2007 im Internet [hier](#).

06 – Iran – Atomkonflikt diplomatisch lösen, Zivilgesellschaft fördern

Das iranische Atomprogramm ist eine zentrale friedenspolitische Herausforderung für die internationale Gemeinschaft - auch jenseits der brachial antiisraelischen Rhetorik von Präsident Ahmadinejad. Gelingt es nicht, Iran vom Bau einer Atombombe abzuhalten, droht ein regionaler Rüstungswettlauf und der endgültige Zusammenbruch des internationalen Vertragswerks zur Nichtverbreitung von Atomwaffen. Die Geschlossenheit der internationalen Gemeinschaft und das vorliegende umfassende Verhandlungsangebot sind der Schlüssel für eine Lösung des Konflikts auf diplomatischem Weg – dazu gehören auch die vom UN-Sicherheitsrat beschlossenen Sanktionen. Militärische Drohgebärden der USA gefährden jedoch den Verhandlungsansatz und drohen eine militärische Eskalation herbeizuführen. Das trifft auf unseren entschiedenen Widerspruch. Einen entsprechenden Antrag haben wir unter meiner Federführung Ende Februar erstellt und in den Bundestag eingebracht.

Über den Konflikt um das iranische Atomprogramm dürfen wir nicht diejenigen im Iran vergessen, die sich nach einer demokratischen Öffnung ihres Landes sehnen. Unter Präsident Ahmadinajad hat sich die Repression gegen Journalisten und religiöse Minderheiten sowie die Frauen-, Gewerkschafts- und Studentenbewegung verschärft. Ich nehme deswegen regelmäßig an Treffen mit Iranerinnen und Iranern teil und gebe [Pressemitteilungen](#) zu gravierenden Menschenrechtsverletzungen heraus. Als Bundestagsfraktion haben wir uns mit einer kleinen Anfrage an die Bundesregierung gewandt, um auf die Notwendigkeit einer stärkeren Förderung der iranischen Zivilgesellschaft hinzuweisen.

Der Antrag „Keine militärische Eskalation gegenüber dem Iran – Konflikt um das Atomprogramm mit Verhandlungen lösen“ im Internet [hier](#).

Zur kleinen Anfrage zur Förderung der iranischen Zivilgesellschaft und der Antwort der Bundesregierung im Internet [hier](#).



V.l.: Dr. Uschi Eid MdB, Kerstin Müller MdB

07 - Dialog mit Afrika

Auf Einladung von meiner Fraktionskollegin Uschi Eid und mir kamen im Vorfeld des G8-Gipfels am 25. April über 30 afrikanische Botschafter zu einer Diskussion über nachhaltige Entwicklung in Afrika und die Bedeutung der auswärtigen Kulturpolitik zusammen. Für den Spätherbst plant die Bundestagsfraktion eine größere Afrika-Konferenz. Termin und Programm wird Euch nach den Sommerferien zugehen.